

Antrag 101/I/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Mietwucher bekämpfen und den Schutz von Mieter*innen stärken!**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglie-
2 der der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, den
3 Mietwucher nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStrG) zu
4 reformieren und den § 5 Abs. 2 WiStrG wie folgt zu ändern:

- 5
6 1. Das Tatbestandsmerkmal „infolge der Ausnutzung“
7 soll durch „bei Vorliegen“ ersetzt werden.
8 2. Die Geldbuße für ordnungswidriges Verhalten
9 durch Vermieter*innen soll gemäß § 5 Abs. 3 WiStrG
10 von derzeit maximal 50.000 Euro auf maximal
11 100.000 Euro angehoben werden.

12
13 Zugleich wird der Berliner Senat aufgefordert, nach Zu-
14 sammentritt des neuen Bundestages erneut eine Bundes-
15 ratsinitiative des Landes Berlin mit den benannten Ände-
16 rungen des § 5 Abs. 2 des WiStrG einzubringen. Die SPD-
17 Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufgefordert
18 sich für eine entsprechende Bundesratsinitiative einzu-
19 setzen.

20

Begründung

21 Berlin ist eine der Städte, die besonders stark unter den
22 stark steigenden Mietpreisen leiden. Die Differenz zwi-
23 schen bestehenden und neu angebotenen Mieten wird
24 immer größer. Während die Bestandsmieten in den ver-
25 gangenen zehn Jahren um 30 Prozent gestiegen sind, ha-
26 ben sich die Angebotsmieten im gleichen Zeitraum um 78
27 Prozent erhöht. Bereits im Jahr 2013 lagen die Angebots-
28 mieten 41 Prozent über den Bestandsmieten – heute be-
29 trägt der Unterschied 94 Prozent. Wer also eine neue Woh-
30 nung sucht, zahlt im Schnitt fast das Doppelte pro Qua-
31 dratmeter. Angesichts dieser Entwicklung ist es eine zen-
32 trale sozialpolitische Aufgabe, Mieter: innen vor überhö-
33 hten Mietpreisen zu schützen.

34

35
36 Der § 5 WiStrG stellt zwar eine gesetzliche Grundlage dar,
37 um gegen Mietwucher vorzugehen, weist jedoch erhebli-
38 che praktische Schwächen auf. Nach dieser Regelung be-
39 gehen Vermietende eine Ordnungswidrigkeit, wenn sie
40 unter Ausnutzung der Zwangslage der Mieter: innen eine
41 überhöhte Miete fordern, sich zusichern lassen oder an-
42 nehmen. Eine Miete gilt als überhöht, wenn sie die ortsüb-
43 liche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt.
44 Der Vergleich erfolgt auf Basis des Mietspiegels. Bei Ver-
45 stößen droht eine Geldbuße von bis zu 50.000 Euro.

46

47 Ein zentrales Problem ist das Tatbestandsmerkmal „infol-

48 ge der Ausnutzung“, da dies voraussetzt, dass die Zwangs-
49 lage der Mieter: innen bewusst vom Vermieter ausge-
50 nutzt wurde. Der Nachweis dieser bewussten Ausnutzung
51 gestaltet sich in der Praxis jedoch äußerst schwierig. Be-
52 troffene müssen belegen, dass sie sich in einer Notlage
53 befanden und keine andere Wahl hatten, als den Mietver-
54 trag zu unterzeichnen. Zudem muss nachgewiesen wer-
55 den, dass der Vermieter diese Situation erkannt und ge-
56 zielt ausgenutzt hat. Diese hohe Beweislast führt dazu,
57 dass viele Fälle nicht geahndet werden können. Um diese
58 Hürde abzubauen und Mieter: innen besser zu schützen,
59 sollte das Tatbestandsmerkmal „infolge der Ausnutzung“
60 durch „bei Vorliegen“ ersetzt werden. Dies würde ermög-
61 lichen, überhöhte Mieten unabhängig von einer individu-
62 ellen Notlage zu ahnden und die Beweislast gerechter zu
63 verteilen.

64

65 Zudem ist die derzeitige Bußgeldhöhe von maximal
66 50.000 Euro für Verstöße gegen § 5 WiStrG nicht aus-
67 reichend abschreckend. Insbesondere in Großstädten mit
68 hohen Mietpreisen können Vermietende durch überzoge-
69 ne Mietforderungen deutlich höhere Gewinne erzielen,
70 als sie durch mögliche Strafen verlieren würden. Daher
71 sollte der Bußgeldrahmen auf 100.000 Euro erhöht wer-
72 den, um eine spürbare Abschreckung zu erzielen. Wer sich
73 auf Kosten finanziell Schwächerer bereichert, darf nicht
74 straflos bleiben und muss Konsequenzen erfahren.

75

76 Dieser Antrag verfolgt das Ziel, den gesetzlichen Schutz
77 von Mieter: innen zu stärken und den Kampf gegen Miet-
78 wucher – insbesondere in Berlin, aber auch darüber hin-
79 aus – zu intensivieren.